



Für Steuerzahler ändert sich einiges

Gemeinderat Umstrittene Wahl in den Verwaltungsrat der Regio Energie wird nun doch noch stattfinden

VON HANS PETER SCHLÄFLI

Alle Fraktionen waren sich darüber einig, dass die von der Gemeinderatskommission (GRK) vorgeschlagenen Korrekturen am städtischen Steuerreglement richtig sind. «Wir begrüßen es, dass die Administration vereinfacht wird», sagte zum Beispiel Roberto Conti im Namen der SVP. Die wichtigste Änderung: Neu erhält die GRK die Kompetenz, die Zinssätze sowohl für zu viel und vorzeitig bezahlte Vorbezüge als auch verspätete Zahlungen festzusetzen. Die Finanzverwaltung hatte vorgeschlagen, analog zu Olten den Verzugszins für säumige Zahler ab 2017 von 3 auf 5 Prozent anzuheben und den Vergütungszins für vorzeitige Zahler wie den Rückerstattungszins bei zu hohen Steuerrechnungen einheitlich auf 0,25 Prozent anzusetzen. Nun hat dazu die GRK das letzte Wort.

Zuvor gab es aber Änderungsvorschläge. So stellte Claudio Marrari (SP) den Antrag, die unsoziale Personalsteuer sei abzuschaffen. Der Antrag wurde mit 22:8 Stimmen abgelehnt. Jede erwachsene Person in Solothurn muss auch nächstes Jahr 20 Franken Personalsteuer zahlen, was sich bei den Einnahmen auf rund 250 000 Franken zusammenschlägt.

Pascal Walter (Fraktion CVP/GLP) forderte, dass in einer Ergänzung festgehalten wird, dass der Rückerstattungszins immer höher als der Vergütungszins sein müsse. Dieser Antrag wurde mit 16:11 bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Schliesslich nahm der Gemeinderat das neue Steuerreglement ohne Änderungen einstimmig an.

Kritik am Stadtpräsidenten

Beim Antrag auf Traktandierung von Ersatzwahlen in den Verwaltungsrat der Regio Energie (Matthias Anderegg, SP)

wurde die Informationspolitik der GRK und des Stadtpräsidenten Kurt Fluri (FDP) kritisiert. Nach den Rücktritten von Monika Grossenbacher und Jürg Röttheli sei einfach nichts mehr passiert, obwohl die SP mit dem Architekten Philippe JeanRichard bereits im Januar einen kompetenten Kandidaten nominiert habe. «Es war eine Kompetenzüberschreitung, dass der Gemeinderat als Wahlgremium nicht einmal Stellung nehmen durfte», sagte Anderegg.

«Mit den jetzt zehn Mitgliedern ist der Verwaltungsrat funktionsfähig, laut Statuten genügen neun Mitglieder», entgegnete Fluri. «Wir sollten in der Diskussion die fachlichen Kompetenzen und die Parteipolitik nicht vermischen.» Es bestehe kein Anspruch auf einen Parteiproporz. Kemal Tasdemir (FDP) fügte an: «Ergänzungswahlen machen im jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn, wenn gerade eine Reduktion des Verwaltungsrates auf neun Mitglieder diskutiert wird.»

«Es wurde an der Wahlbehörde vorbei politisiert», sagte Heinz Flück (Grüne), und er stellte den Ordnungsantrag, dass nun darüber abgestimmt werden solle, ob Ergänzungswahlen abgehalten werden. Der Gemeinderat beschloss mit 15:10 Stimmen bei 5 Enthaltungen, dass es Wahlen geben wird. Nun haben die Fraktionen bis Ende Oktober Zeit, Kandidaten für den Verwaltungsrat der Regio Energie zu nominieren. Die SP hat bereits Philippe JeanRichard bestimmt, die Fraktion CVP/GLP will ebenfalls einen Kandidaten ins Rennen schicken, und Brigit Wyss (Grüne) kündete an, dass auch ihre Fraktion einen Kandidaten nominieren will.

SVP-INTERPELLATION

Ein «Nachgehakt zu Ivo Brachers Vorwürfen

Zum Abschluss der Gemeinderatssitzung nahm Stadtpräsident Kurt Fluri Kenntnis von einer Interpellation, die Klärung zur Arbeit des Stadtbauamtes fordert. Nach der harschen Kritik durch Immobilieninvestor Ivo Bracher in einem Interview dieser Zeitung auch an Andrea Lenggenhager, der Chefin des Stadtbauamtes, will Roberto Conti (SVP) wissen, ob die Stadt von den Problemen im Stadtbauamt wusste und was sie dagegen zu unternehmen gedenke.

Investor Bracher wirft der Chefin des Stadtbauamtes Passivität und fehlendes strategisches Verständnis bei der Stadtentwicklung vor. Dadurch seien viele Chancen verpasst worden, was unter anderem zu einer Vernachlässigung des Quartiers beim Westbahnhof und zur Blockierung des Projekts «Wasserstadt» geführt habe. Fluri dagegen zeigte sich wenig erfreut über den Wortlaut der Interpellation: «Die SVP fragt nicht, ob es Probleme gibt. Sie fragt, als wären die Vorwürfe Tatsachen.» (HPS)

Datum: 08.09.2016



Hauptausgabe

Solothurner Zeitung
4501 Solothurn
058/ 200 47 74
www.solothurnerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 25'651
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 818.006
Abo-Nr.: 1088641
Seite: 21
Fläche: 68'401 mm²



Die Gemeinderatskommission nimmt künftig die Zinsen für noch nicht, zu viel oder zu früh bezahlte Steuern unter die Lupe. SZ